Morgen-Ausgabe
No. 55. — 56. Jahrgang.

Berliner Volks-Zeitung

Erstes Beiblatt
Sonntag, 2. Februar 1908

Deutscher Reichstag.

92. Sitzung vom 1. Februar.

(Schluß.)

Die zweite Beratung des **Etats des Reichseisenbahnamtes** wird fortgesetzt.

Abg. **Stolle** (soz.): Kollege Carstens hat in wertvoller Weise meine Ausführungen über die miserablen Löhne bestätigt, die von den Eisenbahnverwaltungen gezahlt werden. In Sachsen wird ein furchtbarer politischer Druck auf die Eisenbahnarbeiter ausgeübt. Es ergehen

wahre Gesinnungsordres.

Man versucht, die Eisenbahnarbeiter in konservative Wahlvereine hineinzuzwängen. Redner führt lebhafte Klage über die „himmelschreienden" Zustände der Bahnhöfe in Klein- und Mittelstädten des sächsischen Industriebezirks. (Beifall bei den Sozialdemokraten).

Präsident des **Reichseisenbahnamts Schulz** verteidigt sich und sein Ressort gegen Ausstellungen des Abg. Carstens. — Auf die Löhne der Eisenbahnarbeiter hat das Reichseisenbahnamt keinen Einfluß.

Sächsischer Geheimrat **Fischer**: Der Eisenbahndirektor, der Eisenbahnarbeiter zum Beitritt zum konservativen Wahlverein aufgefordert hat, wird rektifiziert werden. Uebrigens, wenn er zum Eintritt in den sozialdemokratischen Wahlverein aufgefordert hätte, hätte dann der Abg. Stolle etwas dagegen gehabt? (Heiterkeit.)

Abg. **Enders** (Hosp. der fr. Vp.) klagt lebhaft über die

Schädigung der thüringischen Kleinstaaten

durch die preußische Eisenbahnpolitik. Man hat geradezu absichtlich die Rentabilität der thüringischen Bahnen untergraben, um sie alsdann billig ankaufen zu können. Wir wünschen ganz gewiß nicht den alten Zustand der privaten Eisenbahnen zurück; wird sind durchaus zufrieden, daß die Bahnen verstaatlicht worden sind; aber wo trübt die thüringischen Kleinstaaten mit Recht Klage führen, das ist flagrante Nichtbeachtung ihrer Verkehrs- und sonstigen wirtschaftlichen Interessen durch den mächtigen Nachbar Preußen. Preußen macht ungeheurliche Ueberschüsse mit seinen Eisenbahnen; es basiert seine ganzen Finanzen auf die Eisenbahnüberschüsse; aber es fällt ihm nicht ein, den kleinen thüringischen Staaten etwas entgegenzukommen. Ernste konservative Politiker haben allerdings eingesehen, daß hier eine Ehrenpflicht Preußens vorliegt: Der verstorbene Herr v. Kardorff, Herr v. Zedlitz haben sich in diesem Sinne ausgesprochen.

Abg. **Quarck** (natl.): In vielen Punkten kann ich dem Vorredner recht geben, die kleinen Staaten werden vernachlässigt. Seit Jahren petitionieren wir in Koburg schon um durchgehende Züge nach dem Süden und dem Westen, vergebens. Ebenso petitionieren wir seit langem um bessere Bahnhofsverhältnisse in Koburg, ebenfalls umsonst. Ebenfalls werden die Kleinstaaten dadurch benachteiligt, daß die Eisenbahnbeamten in Thüringen keine Steuern zahlen. Dies macht bei den vielen Eisenbahnbeamten schon etwas aus. Die Kleinstaaten haben bei der Gründung des Reiches der Reichsidee zugejubelt, sie haben stets dem Reiche gegeben, was des Reiches ist. Deshalb sollte man sich auch ihrer annehmen und angesichts ihrer Finanzmisere wenigstens bezüglich des Steuerprivilegiums der Beamten Wandel schaffen.

Abg. **Hué** (soz.). Durch den ständigen Wagenmangel werden nicht nur die Werke, sondern auch die Arbeiter aufs schwerste geschädigt. Durch den Wagenmangel sind zum Beispiel im Monat Dezember 100,000 Tons weniger befördert, der Verlust an Arbeitslohn, den die Arbeiter dadurch erlitten, beträgt mindestens 4- bis 500,000 Mark. Der Wagenmangel verstärkt auch die Kohlennot und verteuert die Kohlenpreise. Die Beseitigung des Wagenmangels liegt daher nur im Interesse der Allgemeinheit. Jetzt sind die Wagenfabriken weniger beschäftigt, deshalb sollte man gerade jetzt reichliche Bestellungen machen. Der Verkehr hat bedeutend zugenommen, die Betriebsmittel haben nicht gleichen Schritt damit gehalten, vielleicht könnte man durch den Bau neuer Geleise dem gesteigerten Verkehr mehr Rechnung tragen. An den Beamten liegt es nicht, daß der Verkehr nicht bewältigt werden kann, denn die Beamten leisten Grandioses, Bewundernswürdiges, obwohl sie für anstrengende Tätigkeit nur spärlich bezahlt werden. Die Bahnhofsanlagen im Ruhrrevier lassen sehr viel zu wünschen übrig, dort gibt es Bahnhöfe, die selbst von dem verstorbenen Minister Budde als „Mausefallen" bezeichnet wurden.

Abg. **Ulrich** (soz.): Der Direktor des Eisenbahnamtes hat erklärt, daß Arbeitslöhne, Bahnhofsanlagen und Wagenmangel nicht zur Kompetenz des Reichseisenbahnamts gehörten. Die Kompetenz des Reichseisenbahnamts wäre demnach nur sehr gering. Ich glaube aber, daß die Kompetenz des Reichseisenbahnamtes weit größer ist. Nach der Verfassung ist das Reichseisenbahnamt aber sehr wohl in der Lage, da einzugreifen, wo die einzelstaatlichen Verwaltungen versagen. Das Reichseisenbahnamt hat bisher eine viel zu große Bescheidenheit ausgeübt, hierin liegt eine Gefahr für das gesamte Eisenbahnwesen. Die Genügsamkeit des Reichseisenbahnamtes ist schwer zu begreifen. Ueber den Wagenmangel wird seit Jahrzehnten geklagt, da hätte das Reichseisenbahnamt schon längst für Abhilfe sorgen müssen. Nun wird gesagt, Preußen habe schon für 250 Millionen Bestellungen gemacht. Das scheint sehr viel zu sein, ist aber sehr wenig gegenüber den 900 Millionen Ueberschüssen, die die preußischen Bahnen ergeben. Die Eisenbahnverwaltungen haben es seit Jahren schon an der nötigen Initiative fehlen lassen, sie haben nicht nur die Forderungen des Verkehrs, nein auch die der Verkehrssicherheit vernachlässigt. Dies zeigt deutlich das Unglück in Offenbach. In Offenbach wird wegen der ungenügenden Anlagen der gesamte Verkehr vier bis fünf Stunden täglich gesperrt. Da müssen ja Unfälle wiederkehren. Umleitungen kommen auch bei uns vor. So hat man jetzt den Gärtnern in Mombach den direkten Transport ihrer Produkte, Salat, Gemüse rc. nach Holland unmöglich gemacht. Der ganze Ort wird dadurch aufs schwerste geschädigt.

Präsident Dr. **Schulz**: Der Vorredner hat mich mißverstanden. Ich habe ausdrücklich anerkannt, daß nach dem Artikel 43 das Reichseisenbahnamt für viele Fragen zuständig sei. Ich habe die Zuständigkeit nur für Arbeiterlöhne und Beamtengehälter abgelehnt. In Fragen der Bahnhofsanlagen und der Betriebsmittel habe ich schon wiederholt eingegriffen. In Offenbach liegen die Verhältnisse sehr schwierig, die ganzen Anlagen müssen höher gelegt werden. Preußen hat 1906 302, 1907 255 Bahnhöfe umgebaut; alles auf einmal kann man nicht machen. Die Verhältnisse in Mombach sind mir nicht bekannt. Wenn Beschwerden bei uns eingelegt werden, so werden wir sie untersuchen.

Abg. **Carstens** (fr. Vp.) betont nochmals, daß es die Pflicht des Reichseisenbahnamtes sei, für Abhilfe zu sorgen, wenn sich Mängel herausgestellt hätten, die den Betrieb gefährdeten. Die Löhne müßten ausreichend sein.

Abg. **Rogalla v. Bieberstein** (kons.): Lohnfragen gehören nicht hierher. Die Löhne der Eisenbahnarbeiter sind nicht zu niedrig, es findet sogar ein Abströmen der Arbeiter vom Lande zu den Eisenbahnen statt.

Abg. **Stolle** (soz.) tadelt es, daß die Verwaltungen einen politischen Einfluß auf die Arbeiter ausübten; so seien Arbeiter aufgefordert, dem Reichsverbande beizutreten. Bei der Tarifreform habe man gegen die Reichsverfassung verstoßen, da die Tarifreform die Tarife verteuert habe.

Abg. **Dr. Neumann-Hofer** (fr. Vg.): Den Klagen über die schlechte Behandlung der Kleinstaaten schließe ich mich an und bedauere es, daß der Präsident Dr. Schulz kein Wort auf diese Klagen erwidert hat. Ich bedaure es, daß der Vertreter Sachsens, Dr. Fischer, nicht hier ist. Ich möchte an ihn und an die Vertreter der anderen Staaten mit selbständigen Bahnen den Appell richten, dem Beispiel Hessens zu folgen, dann würde es nur eine Verwaltung geben, und die Kompetenz des Reichseisenbahnamtes würde gestärkt. Die finanzielle Lage der Kleinstaaten ist sehr schlecht, jeder Hütejunge und jedes Dienstmädchen muß bei uns Steuern zahlen. In Preußen ist dies nicht nötig, da Preußen die großen Eisenbahnüberschüsse hat.

Abg. **Dr. Jäger** (Ztr.) bleibt vollkommen unverständlich.

Abg. **Behrens** (wirtsch. Vg.) wünscht eine Aufschließung des Siegen-Nassauer Reviers durch bessere Bahnverbindungen.

Abg. **Köhler** (wirtsch. Vg.) tritt für eine Reichseisenbahngemeinschaft, aber gegen eine Verpreußung der Eisenbahnen ein.

Hiermit schließt die Debatte.

Der Etat des Reichseisenbahnamtes wird bewilligt.

Es folgen **Petitionen.**

Eine Anzahl von Petitionen über den Unterstützungswohnsitz, Sicherung der Bauforderungen, Wechselprotest, und § 91 des Handelsgesetzbuches wird debattelos den betreffenden Spezialkommissionen überwiesen.

Eine Petition über agrarische Kolonialpolitik wird, da Wortmeldungen vorliegen, einstweilen abgesetzt, desgleichen Petitionen betreffend Einschränkung der Einfuhr von Alkohol in den afrikanischen Kolonien und betreffend Durchführung des § 143 des elsaß-lothringischen Berggesetzes.

Eine Anzahl von Petitionen von nicht allgemeinem Interesse wird ohne Debatte nach den Vorschlägen der Kommission erledigt.

Die Kommission beantragt, eine Petition betreffend Aufhebung des § 175 des Strafgesetzbuches durch Uebergang zur Tagesordnung zu erledigen.

Nach kurzer Geschäftsordnungsdebatte wird auch diese Petition von der Tagesordnung abgesetzt. Die Tagesordnung ist erledigt, das Haus vertagt sich.

Nächste Sitzung Montag 2 Uhr. (Militäretat.) Schluß 3¼ Uhr.

Preussischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

22. Sitzung vom 1. Februar.

(Schluß.)

Auf der Tagesordnung steht die zweite Beratung des **Handels- und Gewerbeetats.**

Abg. Dr. **Schröder** (natl.). Der in der Kommission gestellten Forderung auf Heranziehung von Arbeitern zur Gewerbeinspektion stehen wir nach wie vor ablehnend gegenüber. Notwendig ist die Einführung der Verhältniswahl bei den sozialpolitischen Einrichtungen. Jetzt werden bei kleinen Krankenkassen vielfach die landwirtschaftlichen Arbeiter ganz mundtot gemacht. Die sozialpolitische Versicherung muß auf die selbständigen Handwerker ausgedehnt werden. Bedauerlich ist, daß man vielfach Arbeiten für staatliche Gebäude nicht am Ort herstellen läßt. Zu begrüßen wäre ein Gesetz, durch das die Gemeinden mit über 10,000 Einwohnern zur Einrichtung von Pflichtfortbildungsschulen angehalten werden. Der Gesetzentwurf zur Abänderung des Börsengesetzes im Reichstage ist im Interesse der Börse und der kleinen Bankiers zu begrüßen. (Beifall.)

Minister Dr. **Delbrück**: Dem Wunsche des Abg. Hammer, daß die Leiter der Fortbildungs- und Fachschulen mehr Fühlung mit den Vertretern des Handwerks nehmen möchten, kann ich mich nur anschließen. Wenn der Wunsch geltend gemacht wird, den Beamten und Lehrern die Teilnahme an Konsumvereinen zu verbieten, so liegt dazu keine Möglichkeit vor. Ich bemerke noch dem Abg. Dr. Schröder gegenüber, daß ich in der Kommission mich dahin ausgesprochen habe, daß wir der Augenblick gekommen zu sein scheint, ein Gesetz über die Ausdehnung der Pflichtfortbildungsschulen in dem von ihm erwähnten Sinne zu erlassen. (Beifall.)

Abg. Dr. **Newoldt** (freik.): Wenn eine Heranziehung der Industrie zu den Kosten der Lehrlingsausbildung im Handwerk nicht gut möglich ist, so wird ein erhöhter Staatszuschuß zu diesen Kosten notwendig sein.

Abg. **Rosenow** (fr. Vp.): Namens meiner Freunde kann ich der Genugtuung darüber Ausdruck geben, daß der jetzige Handelsminister es verstanden hat, in verhältnismäßig kurzer Zeit einen Ueberblick über die Gesamtinteressen zu gewinnen, die er zu vertreten hat. Wir begrüßen die Einstellung der Mittel in den Etat, die zur Förderung des Handwerks und des Mittelstandes dienen sollen. (Zustimmung links.) Die Börsengesetzvorlage im Reichstage ist geeignet, die schlimmsten Mißstände infolge des Börsengesetzes zu beseitigen, wenn sie auch nicht alle unsere Wünsche erfüllt. Das Fortbildungsschulwesen hat sich außerordentlich gut bewährt. Bitten möchte ich den Minister, aus den Mitteln, die zur Ausbildung von Fortbildungs- und Fachschullehrern ausgeworfen sind, auch Vereine zu unterstützen, die in dieser Richtung tätig sind. Die Meisterkurse und die Wanderausstellungen von Maschinen sind geeignete Mittel zur Förderung des Handwerks. Dem Platzmangel in der Berliner Baugewerksschule ist die Stadt Berlin bestrebt, durch einen Neubau abzuhelfen, der nicht früher in Angriff genommen werden konnte, weil Verhandlungen zwischen der Stadt und dem Staat wegen Uebernahme der Anstalt durch den Staat schwebten. Interessant war die Mitteilung des Ministers, daß die Industrie bestrebt ist, selbst Lehrlinge auszubilden, es ist also der Vorwurf nicht berechtigt, daß das Handwerk die Kosten für die Ausbildung der Industriearbeiter trägt. Notwendig ist eine stärkere Organisation der Handwerker in Genossenschaften, die dem einzelnen Handwerker die Benutzung von Maschinen erleichtern. Der Abg. Trimborn hat im vorigen Jahre einen Antrag auf Reglementierung des kleinen Kaufmannsstandes gestellt. Wir haben bereits damals darauf hingewiesen, daß der Kaufmannsstand jeder Reglementierung widerstrebt. Ich freue mich, daß Abg. Hammer Tarifverträge an und für sich als nützlich anerkennt. Seine Bedenken gegen eine zu weitgehende Steigerung der Löhne infolge der Tarifverträge halte ich nicht für stichhaltig. Die Intelligenz der deutschen Arbeiter hat mitgewirkt zu der Stellung unserer Industrie auf dem Weltmarkte. Ich kann nur wünschen, daß Handwerk und Industrie einer anderen Wirtschaftspolitik im Reiche gegenüberständen; dann würden sie noch viel besser zeigen, was sie leisten können. (Beifall links.)

Abg. Dr. **Pachnicke** (fr. Vg.): Die Einstellung hoher Mittel zur Förderung des Gewerbes ist zu begrüßen. Das enthält uns aber nicht der Verpflichtung, eine weitere Förderung in beschleunigtem Maße zu verlangen. Wir begrüßen die Meisterkurse, wir empfehlen dem Handwerk in weiterem Umfange als bisher sich genossenschaftlich zu organisieren; aber wir wollen nicht auf gesetzgeberischem Wege abgestorbene Formen neu beleben. Wir müssen uns entschieden gegen die Verteuerung der Rohstoffe und der Halbfabrikate durch hohe Zölle wenden. Die Zuziehung von Arbeitern zur Gewerbeaufsicht befürworten wir dringend; in Hessen hat sich diese bereits gut bewährt. Die weiblichen Assistenten der Gewerbeaufsichtsbeamten sollten im Interesse der vielen Arbeiterinnen vermehrt werden. Auf die Beaufsichtigung der Eisenbahnunternehmungen ist mit Rücksicht auf entgegenstehende Bestimmungen der Gewerbeordnung verzichtet worden. Da wäre eine Abänderung dieser Bestimmungen im Interesse der Arbeiter notwendig. (Beifall links.)

Abg. Dr. **Pieper** (Ztr.): Eine vermehrte Tätigkeit der Gewerbeaufsicht könnte ohne große finanzielle Opfer dadurch erzielt werden, daß man die Bestimmung in der Dienstanweisung streicht, daß die Gewerbeinspektoren keine Strafen festsetzen und keine selbständigen Verfügungen erlassen dürfen. Zur Mitwirkung bei der Gewerbeaufsicht empfiehlt es sich, Werkmeister und ähnliche Personen als Hilfskräfte zuzuziehen. Ebenso sollte man auch den Versuch machen, Frauen in höherem Maße als bisher an der Gewerbeaufsicht zu beteiligen. Wir werden im nächsten Jahre einen Antrag auf den Ausbau der Gewerbeaufsicht in dieser Richtung stellen.

Abg. **Francken** (natl.): Die christliche Arbeiterbewegung unterstützen auch meine Freunde. Nur dürfen die christlichen Arbeiter ihre Forderungen nicht übertreiben, denn es ist dem Arbeitgeber gleich, ob ihm von sozialdemokratischen oder christlichen Arbeitern das Fell über die Ohren gezogen wird. (Sehr gut! bei den Nationalliberalen.)

Damit schließt die Debatte. Das Ministergehalt wird bewilligt.

Die Weiterberatung vertagt das Haus auf Montag 11 Uhr. (Außerdem Vergelat.)

Lokales.

Eulen im Humboldthain.

Im Hofe der Humboldthaingärtnerei wurde seit längerer Zeit eine Eule gehalten, die von einem Baume im Hain eingefangen worden war, und der man später eine andere, ebenfalls im Haine gefangene, zugesellte. Die Vögel wurden mit frischem Fleisch, in Fallen gefangenen Mäusen und mit angeschossenen Spatzen gefüttert. Wegen der Unständlichkeit bei der Beschaffung des Futters wurden die Eulen vor einiger Zeit wieder in Freiheit gesetzt, worauf sie sich den Kirchturm im Hain zur Station gewählt haben, an dem sie, wenn es dunkel geworden ist, durch die Schallöffnungen aus und ein schlüpfen. Vor mehreren Jahren sah man hin und wieder im Grunewald, in Halensee und Tegel in einem besonders gut verzäunten Zwischengarten einen Kauz mit verschnittenen Flügeln umherspazieren, der sich durch Vertilgen von allerlei Gartenschädlingen nützlich machte, und der durch sein drolliges Gebaren besonders den Kindern viel Kurzweil bot. Man hat den Kauz jedoch wieder entfernt, weil er die im Garten hausenden Singvögel so hochgradig nervös machte, daß sie schließlich den Eulengarten mieden.

In Italien ist der Kauz Hausvogel; er wird dort als solcher wie bei uns die Kanarienvögel gezüchtet und zum Verkauf auf den Markt gebracht. Die zahmen Käuze werden wie Hausfreunde behandelt und gehen frei in Haus, Hof und Garten umher, wo sie wie unsere Katzen Mäuse fangen, aber auch Schnecken und anderes Gezieser vertilgen, ohne ihrerseits geringsten Schaden zu verursachen. Im Freien tätige Handwerker haben zwei bis drei Käuzchen als Lieblinge ständig zur Seite und teilen in Ermangelung von Fleischnahrung ihre Polenta mit ihnen. Wie die Schleiereule ist auch der Kauz Taubenfreund, der niemals einen Angriff auf Tauben, ihre Gelege oder Jungen macht. Ja, es kommt nicht selten vor, das Kauzpaare friedlich zwischen Haustauben nisten, die sich selbst durch seine fatale Nachtmusik, die ihn bei uns zum Totenvogel machte, nicht im geringsten stören lassen.

Die Ausgestaltung des städtischen Volksschulwesens

beschäftigte gestern den zur Vorbereitung dieser Frage eingesetzten städtischen Ausschuß. Der Ausschuß beschloß, den von sozialdemokratischer Seite eingebrachten Antrag auf Einsetzung einer aus Mitgliedern des Magistrats und der Stadtverordnetenversammlung bestehenden Deputation für die weitere Ausgestaltung des Gemeindeschulwesens abzulehnen, da hierfür zwingende Gründe nicht vorliegen.

Der Etat für die städtischen Realschulen

wurde vom Magistrat angenommen. Den Einnahmen in Höhe von 505,306 Mark stehen Ausgaben mit 1,588,286 Mark gegenüber, so daß ein Zuschuß von 1,052,980 Mark zu leisten ist. Die Ausgaben haben gegen den laufenden Etat eine Steigerung von 80,000 Mark erfahren. Von den Ausgaben entfallen rund 22,500 Mark auf das Extraordinarium. Die Ausgaben für die Bewegungsspiele der Schüler, für wissenschaftliche Abhandlungen usw. sind in den Ausgaben von 1,588,286 Mark nicht mitinbegriffen.

Das Untergrundbahnprojekt der Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft,

die eine Schnellbahn vom Gesundbrunnen über den Hackeschen Markt nach Rixdorf plant, ist einstweilen zurückgestellt worden. Wie bekannt, hatte die städtische Verkehrsdeputation infolge des Antrages der Gesellschaft beschlossen, sowohl mit der Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft und mit der Kontinentalen Gesellschaft für elektrische Unternehmungen, die das Schwebebahnprojekt Gesundbrunnen-Rixdorf eingereicht hatte, zu verhandeln. Mit Rücksicht auf diesen Beschluß haben die Aufsichtsbehörden die Allgemeine Elektrizitätsgesellschaft dahin beschieden, daß sie dem Projekt erst nach Abschluß jener Verhandlungen näher treten wollen.

Städtische Schulbauten.

In der Albrechtstraße 26 soll nach einem Beschluß des Berliner Magistrats ein Direktionshaus für das Friedrich-Gymnasium erbaut worden. Der Bau ist mit 252,000 Mark veranschlagt und soll außer Wohnungen für den Direktor des Gymnasiums, den Schuldiener noch Räume für eine Bauinspektion und eine Steuerannahmestelle enthalten. Ferner hat der Magistrat den Bau einer großen Gemeindedoppelschule mit einem Lehrerwohngebäude in der Tegelerstraße genehmigt. Die Kosten dieses Baues sind mit 827,000 Mark veranschlagt.

Der Etat für den städtischen Viehmarkt

wurde vom Magistrat für 1908 angenommen. Als Einnahmen sind vorgesehen insgesamt 2,834,778 Mark, das sind rund 41,310 Mark mehr, als nach dem laufenden Etat eingestellt sind. Die Zusammenstellung der Ausgaben ergibt insgesamt 2,484,125 Mark oder rund 42,060 Mark Mehrausgaben, als im laufenden Etat angesetzt worden sind. Der Ueberschuß ist in derselben Höhe (350,000 Mark) angenommen worden. Die Ausgaben für Furrage sind um 90,000 Mark gestiegen.

Ein Runderlaß des scheidenden Polizeipräsidenten.

Der Polizeipräsident Dr. v. Borries nimmt in einem Runderlaß Abschied von denjenigen Beamten, von denen er sich nicht persönlich verabschieden konnte. Es heißt darin:

Nachdem der König geruht hat, meinem durch meinen Gesundheitszustand veranlaßten Wunsche entsprechend mir das Amt des Präsidenten der königlichen Regierung in Magdeburg zu übertragen, scheide ich mit dem heutigen Tage aus dem mir lieb gewordenen hiesigen Amte. Es ist mir leider nicht möglich, mich persönlich von jedem der mir unterstellten Herren Beamten zu verabschieden; ich habe jedoch ein Bedürfnis, dies wenigstens auf diesem Wege zu tun. Indem ich allen mir bisher unterstellt gewesenen Herren Beamten für die mir entgegengebrachte freundliche Gesinnung herzlich danke, bitte ich Sie, mir ferner ein gutes Andenken zu bewahren, wie ich auch stets gern an die hiesige Amtstätigkeit denken werde, die für alle Zeit die interessanteste bleiben wird und mir Gelegenheit gegeben hat zu sehen, welche hohen Anforderungen an die Beamten der hiesigen Polizeiverwaltung gestellt werden müssen, und wie alle bestrebt sind, sie in vollem Maße zu erfüllen.

Dr. v. Borries wurde gestern vormittag um 10 Uhr vom Kaiser empfangen. Er trug bereits die Uniform eines Regierungspräsidenten.

Ueber „Wahlrecht und Wahlunrecht in Preußen"

sprach am Freitag Abend Stadtverordneter Rechtsanwalt Dr. Flatau in einer stark besuchten Versammlung des freisinnigen Bezirksvereins Neu-Charlottenburg. Der Redner erinnerte daran, daß das Dreiklassenwahlrecht auf einer denkbar zweifelhaften Rechtsgrundlage beruhe. Nicht bloß Männer wie Waldeck, Twesten, Ziegler, auch die bedeutendsten Staatsrechtslehrer wie Rönne haben die Wahlverordnung vom 30. Mai 1849 für einen notdürftig verhüllten Ver-